

# PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen  
und Leser,

*vor einigen Wochen sorgte eine Studie für Wirbel: Wissenschaftler vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung in Halle meinten, dass die Wirtschaft bei uns im Osten weniger produktiv sei als die westdeutsche. Sie empfahlen, Fördermittel auf Ballungszentren zu konzentrieren. Das wurde als Plädoyer verstanden, bestimmte Regionen de facto aufzugeben. Seitdem haben sich die – notwendigen – Debatten über das Verhältnis von Stadt und Land verschärft.*

*CDU und SPD haben sich im Landtag energisch dagegen ausgesprochen, Regionen abzuhängen. Dazu veranstalteten sie im März-Plenum sogar eine Aktuelle Debatte. Wir sehen das auch so – allerdings habe ich mir erlaubt, darauf hinzuweisen, dass die Regierung jahrelang genau das gemacht hat, wogegen sie sich jetzt verwahrt: auf Leuchttürme zu setzen. Drei Jahrzehnte lang ließ man die Menschen der Arbeit hinterherziehen und die Infrastruktur ausbluten – Kitas und Schulen geschlossen, Buslinien entfielen. Die Aufregung der Koalition ist nichts weiter als Wahlkampf. Die gigantische Projektliste, die nun im Rahmen des Lausitzer Strukturwandel-Prozesses präsentiert wird, zeigt die jahrzehntelange Vernachlässigung. Allein hundert Infrastruktur-Vorhaben sind da aufgelistet.*

*Für uns gehört es zur Lebensqualität, dass man nicht Stunden lang auf einen Bus warten muss, dass die Kinder keine ewig langen Kita- und Schulwege haben, dass eine Ärztin in der Nähe ist und die Kommunen genug Geld haben, über dessen Verwendung sie frei entscheiden können. Was vor Ort gebraucht wird, weiß man dort besser als in den Dresdner Ministerien. Doch das ist mit dieser Regierung nicht zu machen.*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## CDU, SPD und AfD gegen faire Löhne und mehr Klimaschutz

In der Lausitz wird kaum noch Granit abgebaut. Früher hatte die Branche tausende Beschäftigte, heute sind es weniger als 30 – denn Granit wird importiert, vorwiegend aus Polen und China. Dort gibt es niedrigere Löhne und weniger Sicherheitsvorkehrungen. Und der Preis gibt den Ausschlag, wenn die öffentliche Hand Aufträge erteilt. Da ist es Nebensache, dass Granit mit dem Schiff aus Asien herangeschafft wird – mit schlimmen Folgen fürs Klima.

So etwas ließe sich vermeiden, wenn der Staat seine Vergabeentscheidungen nicht länger allein am Preis orientierte. Dafür wäre ein modernes Vergabegesetz notwendig. CDU und SPD vereinbarten 2014, bis spätestens 2017 „ein modernes Vergabegesetz“ zu schaffen. Passiert ist nichts, obwohl die Regularien, nach denen öffentliche Aufträge vergeben werden, dringend modernisiert werden müssen. Deshalb hat die Linksfraktion gemeinsam mit den Gewerkschaften, dem Bündnis „Sachsen Kauft Fair“ und dem BUND ein sozial-ökologisches Vergabegesetz entworfen (Drucksache 6/13914). Im März haben CDU, SPD und AfD es abgeschmettert.

Damit haben sie die Chance vertan, diejenigen – vor allem mittelständischen – Betriebe zu unterstützen, die gute Arbeit leisten, ihre Beschäftigten anständig behandeln und nachhaltig wirtschaften. In Sachsen gibt der Staat jährlich mindestens eine Milliarde Euro für Lieferungen, Dienstleistungen und Bauarbeiten aus. Bisher werden über 90 Prozent der öffentlichen Aufträge direkt vergeben, ohne fairen Wettbewerb. Daran wird sich vorerst leider nichts ändern.

Dabei könnte das Vergaberecht ein Druckmittel für höhere Einkommen sein. Sachsen ist ein Niedriglohmland. „Das haben die CDU-geführten Regierungen lange als Standortvorteil gepriesen. Aber für die Menschen ist es ein Lebensnachteil“, so der **gewerkschaftspolitische Sprecher der Linkfraktion, Klaus Tischendorf**. Im Osten bekommt fast ein Drittel der Beschäftigten nur 2.000 Euro brutto im Monat oder weniger. In Sachsen arbeiten 37 Prozent im Niedriglohnssektor, haben also weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns. Nur 43 Prozent der Beschäftigten werden nach einem Tarifvertrag bezahlt. „Die Folgen: Abwanderung, Fachkräftemangel, Armut trotz Arbeit. Auch der heutige Mindestlohn gibt

keine Sicherheit. Nur ein Mindestlohn von mindestens zwölf Euro schützt gerade so vor Armut – auch im Alter“, so Tischendorf.

Die Linksfraktion schlägt vor, öffentliche Aufträge nur an Unternehmen zu vergeben, die ihre Beschäftigten nach Tarif bezahlen und entsprechende Arbeitsbedingungen gewähren. Die Beschäftigten müssen mindestens so viel verdienen wie Staatsbedienstete, wenn sie die Aufträge selbst ausführen würden. „Die von uns vorgeschlagene Tariftreue gibt es in 14 der 16 Bundesländer. Es geht ja auch darum, wie mit Steuergeld umgegangen wird. Es ist doch Schwachsinn, dass die öffentliche Hand Aufträge an Unter-

auch: Was kostet das über den gesamten Lebensweg?“ Anhaltspunkte könnten geprüfte Siegel und Zertifikate sein. Das werde in der privaten Wirtschaft bei der Vergabe von Aufträgen oft bereits praktiziert, etwa von Automobilzulieferern, Krankenhäusern und immer öfter auch von Lebensmittel- und Textildiscountern.

Wenn es nach der Linksfraktion geht, sollen zudem nur Produkte genutzt werden, die ohne Zwangs- oder Kinderarbeit hergestellt worden sind und deren Produzenten sich zu Gewerkschaften zusammenschließen können. Auch ist zu berücksichtigen, ob und inwieweit die Bieterin oder der Bieter Maßnahmen die Gleichstellung der



Bild von amawadi auf Pixabay

nehmen vergibt, deren Löhne am Ende durch Sozialleistungen aufgestockt werden müssen – sei es aktuell oder später bei der Rentenzahlung.“

Nötig wäre ein modernes Vergabegesetz auch unter ökologischen Gesichtspunkten. „Der Staat kann schlecht von den Bürgerinnen und Bürgern verlangen, dass sie beim Einkauf auf faire Produktion oder einen hohen Umweltstandard des Produktes achten und selbst diesen Aspekten bei der Beschaffung nur eine untergeordnete Bedeutung zumessen“, so Tischendorf. Güter und Leistungen müssten umweltverträglich und energieeffizient sein. Also seien die Lebenszykluskosten eines Produkts, Transport- sowie Entsorgungskosten zu beachten. „Die Frage darf nicht nur sein, was ein Produkt zum Zeitpunkt der Anschaffung kostet. Sondern

Geschlechter und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf fördert. Tischendorf: „Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge dürfen keine Waren Gegenstand der Leistungen sein, die unter Missachtung der in den International Labour Organisation (ILO)-Kernarbeitsnormen festgelegten Mindeststandards gewonnen oder hergestellt worden sind.“

Es sollte künftig nicht mehr unbedingt derjenige den Zuschlag bekommen, der den günstigsten Preis anbietet – das setzt nur einen Unterbietungswettbewerb in Gang, auf Kosten von Mensch und Qualität. Auch soziale, ökologische oder innovative Aspekte sollen zählen. Sachsen verdient eine Regierung, die das so sieht und entsprechend handelt! Wer das von der CDU oder der AfD erwartet, beißt auf Granit.

# Die Kleinen hängt man, ...

Sachsens Generalstaatsanwalt hat eine Rundverfügung erlassen. Damit wird – im Auftrag des Justizministers Sebastian Gemkow – die Strafverfolgungspraxis verschärft. „Das Ziel der CDU ist es, dass künftig Straftaten aus der Kleinkriminalität vor Gericht verhandelt werden und nicht wie bisher leider immer wieder üblich vorher durch die Staatsanwaltschaft eingestellt werden“, so CDU-Rechtspolitiker Martin Modschiedler freudestrahlend. In der März-Sitzung des Landtages gab es dazu eine Fachregierungserklärung des Justizministers sowie eine von der Linksfraktion beantragte Aktuelle Debatte.

Was gut klingt, entpuppt sich als Wahlkampf-Salve, die nach hinten losgeht. Denn das Muskelspielen ignoriert erstens vernünftige Grundsätze des Rechtsstaates, provoziert zweitens eine noch stärkere Überlastung der Justiz und bedroht drittens deren Unabhängigkeit.

Die CDU erweckt den falschen Eindruck, dass es stets an der Nachsichtigkeit von Staatsanwälten liege, wenn Ermittlungsverfahren eingestellt werden oder aus ihnen keine Verurteilung folgt. Meist liegt das aber daran, dass sich ein Tatverdacht nicht bestätigt oder kein Täter ermittelt werden kann. Auch ist es nicht per se schlecht, dass die Strafprozessordnung es ermöglicht, Verfahren gegen Ersttäter einzustellen – wenn ihre Schuld gering ist, kein öffentliches Interesse an der Verfolgung besteht oder Wiedergutmachung durch Schadensersatz, Geldbuße oder gemeinnützige Arbeit leistbar ist. Denn jeder Strafprozess kostet Geld.

„Es wird mit Kanonen auf Spatzen geschossen, ab zehn Euro Schaden gnadenlos auf Verfolgung geschaltet, egal welche Vorgeschichte der Ertappte hat. Das wird zehntausend neue Verfahren pro Jahr für die ohnehin überlastete Justiz erzeugen“, so **Klaus Bartl, Rechtspolitiker der LINKEN**. Die wenigen neuen Planstellen würden niemals reichen. Derzeit landeten mindes-

tens 30 Prozent der Bagatelldelikte gar nicht bei Gericht, weil die Staatsanwaltschaft sie in anderer Weise abschließt und dabei auf die erzieherische Wirkung setzt, die allein das Verfahren schon hat. Künftig dürften bis zu 90 Prozent der Bagatelldelikte bei Gericht landen, und die Staatsanwälte dürfen einer Einstellung selbst in sinnvollen Fällen nicht mehr zustimmen. „Also werden die Gerichte in einer Verfahrensflut absaufen“, so Bartl. Die Regierung dürfe auch „Gift darauf nehmen, dass ihre Planvorgaben für den Neubau von Gefängnissen bei Weitem nicht mehr ausreichen werden.“ Dass der Rechtsstaat funktioniere, sei man doch zuallererst den Opfern von schweren Straftaten schuldig, für deren Verfolgung die Gerichte schon jetzt oft Jahre brauchen.

Dass die CDU zudem die Unabhängigkeit der Justiz nicht ernst nimmt, zeigt schon die Tatsache, dass die Rundverfügung als Geheimpapier gilt. Sie ist weder der Richterschaft noch den Strafverteidigern offiziell bekannt – die müssten sie aber auch kennen, wegen des Grundsatzes der „Waffengleichheit“. Staatsanwälte und Richter sollen frei entscheiden, ob und wann sie ein Verfahren einstellen – das wird den Staatsanwaltschaften nun faktisch

untersagt. Richter brauchen aber in der Regel deren Zustimmung für eine Einstellung. „Die Richterinnen und Richter entscheiden, wie sie innerhalb des von Bundesgesetzgeber vorgesehenen Strafrahmens die Tathandlung sanktionieren“, dringt Bartl auf rechtsstaatliche Grundsätze. Die nun erfolgten politischen Vorgaben seien problematisch, weil sie in die Staatsanwaltschaften hineinwirken und somit die Gerichte und den Ausgang von Verfahren beeinflussen.

„Wer zur politischen Begründung auf das Rechtsgefühl abstellt, verlässt den Bereich der rationalen Kriminalpolitik. Die Aufstockung nicht nur bei Richtern und Staatsanwälten ist dringend erforderlich – aber doch nicht dazu da, nun Hühnerdiebe zu verfolgen. Anstatt sich mit den Ressourcen auf Kleinstkriminalität zu konzentrieren, wäre es doch möglich, jetzt verstärkt und intensiver als bisher schwergewichtigere Straftaten zu verfolgen. So wird nur das Vorurteil gestärkt, dass man die Kleinen hänge, aber die Großen laufen lasse.“ So lautet übrigens das Fazit des Richters Ruben Franzen, Vorstandsmitglied der Neuen Richtervereinigung. Seinem Urteil über die Rundverfügung ist nichts hinzuzufügen.



Bild von Sang Hyun Cho auf Pixabay

## Schnelles Netz in öffentlicher Hand!

*Ein schneller Zugang zum Internet wird immer wichtiger – für private Haushalte, aber auch für die Unternehmen. Vielerorts kann man nicht einmal störungsfrei per Handy telefonieren – peinlich für ein Industrieland wie unseres. Der Netzausbau läuft heute zwar besser als vor fünf Jahren. Aber es ist noch lange nicht alles gut. „Sachsen dümpelt im bundesweiten Vergleich am unteren Ende. Nur ein Bruchteil der Fördermittel für den Ausbau ist bewilligt, noch weniger geflossen. Auch gibt es keine landesweit abgestimmten Kreisprojekte. Trotzdem verkündet die Regierung jeden bewilligten Bescheid als Durchbruch und streut der Öffentlichkeit Sand in die Augen“, kritisiert **Nico Brünler, der Wirtschaftspolitiker der Linksfraktion**.*

*Selbst wenn Förderprojekte zügig abgeschlossen wären, hätten wir noch lange nicht jene Dateninfrastruktur, die nötig ist. Glasfasernetze sind längst nicht flächendeckend verfügbar. Zudem müssen schon Ausbauleistungen nachgebessert werden, vor allem die in den letzten Jahren per Vectoring ertüchtigten Anschlüsse. Und: Gerade in den Kernräumen zahlreicher Unter- und Mittelzentren werden Mindestdatenraten von über 30 Mbit auf absehbare Zeit nicht verfügbar sein. „Der Breitbandausbau ist kein einmaliges Projekt mit absehbarem Ende“, ist Brünler überzeugt. „Wenn die Staatsregierung Zukunftstechnologien wie das Internet der Dinge und autonomes Fahren beschwört, dann muss man sich klar machen, dass 5G und die entsprechenden Netze noch gar nicht existieren.“*

*Um den Netzausbau zu gewährleisten, schlägt die Linksfraktion vor, eine Landesgesellschaft für die Hochgeschwindigkeitsnetze zu einrichten (Drucksache 6/16711). Denn es ist blauäugig, allein auf private Netzanbieter zu setzen. Denn die bauen nur dort, wo sie Geld verdienen können. Die Landesgesellschaft soll bisherige Aktivitäten der Kommunen und Kreise sowie laufende Förderprojekte unterstützen und aktiv Lücken schließen. Und wenn der Ausbau der Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetze schon mit Steuergeld subventioniert werden muss, sollte die Infrastruktur auch in öffentlichem Eigentum bleiben! Glasfasernetze könnten an private Telekommunikationsanbieter vermietet werden, wie es die Niederösterreichische Glasfaserinfrastruktur GmbH vormacht. Wenig überraschend: Die Regierungskoalition hielt all das für unnötig, der Breitbandausbau verlaufe zügig und zufriedenstellend ...*

## Wie kommen mehr Ärzte aufs Land?

Sachsen leidet an Hausarztmangel – in 24 der 47 Planungsregionen herrscht oder droht Unterversorgung, darunter Freiberg, Plauen, Zwickau, Chemnitz. 255 Hausarztstellen sind offen, 2018 absolvierten lediglich 73 Menschen die Facharztprüfung für Allgemeinmedizin. 27 Prozent der Hausärzte sind über 60, elf Prozent sogar älter als 65. Für Medizin gibt es in Sachsen 560 Studienplätze – aber etwa die Hälfte eines Jahrgangs wandert nach dem Studium ab.

Es müssen mehr Ärzte aufs Land! Darüber, wie das zu erreichen ist, gab es im März einen Koalitionskrach. Die CDU forderte eine Landarztquote – für 40 Studienplätze sollen die Zugangshürden gesenkt werden, geknüpft an die Verpflichtung, später abseits der Großstädte zu arbeiten. Die SPD fühlte sich überrumpelt – und lehnt ab. Wis-

senschaftsministerin Eva-Maria Stange sagte der Freien Presse: „Die Ausbildung neuer Ärzte dauert zehn Jahre. Wir verpflichten einen 18-Jährigen, definitiv zu sagen, dass er mit knapp 30 Jahren seinen Facharzt auf dem Land macht und anschließend für zehn Jahre praktiziert. Sonst droht ihm eine Strafe von 180.000 bis 250.000 Euro. Welcher junge Mensch geht so ein Risiko ein?“ Stattdessen will man mehr Medizinstudierende mit Stipendien aufs Land locken, Absolventen in Tandem-Praxen von älteren Kollegen begleiten lassen oder Polikliniken fördern. Denn im Anstellungsverhältnis bekommen Ärzte mehr Sicherheit und leiden weniger unter der Bürokratie.

Wir bezweifeln auch, dass eine Landarzt-Quote genug Nachwuchs bringen würde. Wer aufs Land will, geht sowieso

dorthin, und die anderen brauchen stärkere Anreize. Seit vielen Jahren fordert die Linksfraktion deshalb, Polikliniken auszubauen – neben weiteren Vorschlägen wie der Förderung innovativer Praxismodelle (Praxisgemeinschaften, Praxiskliniken, Ärztegenossenschaften etc.), Aufwandsentschädigungen für Medizinstudierende im Praktischen Jahr oder organisatorische und finanzielle Niederlassungsförderung. All das hat die CDU stets abgelehnt – die SPD aber auch. **Susanne Schaper, die Sprecherin der Linksfraktion für Gesundheitspolitik**, stellt deshalb fest: „Wenn man die Forderungen der SPD im Wahljahr liest, könnte man meinen, sie hätte in den letzten fünf Jahren gar nicht regiert. Halbherzige Forderungen im Wahljahr helfen auch der CDU nicht, Glaubwürdigkeit und Vertrauen zu gewinnen.“



# Respekt für den Osten

Die Bilanz von „Beitritt statt Vereinigung“ ist nach 30 Jahren für den Osten ernüchternd – trotz schicker Innenstädte und sanierter Straßen, und vor allem: trotz des Engagements der Menschen in Ostdeutschland. Die Treuhand hinterließ ein deindustrialisiertes Niedriglohnland, Betriebe wurden verschandelt und dichtgemacht. Die Menschen in Ostdeutschland arbeiten länger und das für weniger Geld, weshalb sie stärker von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht sind. Die Renteneinheit ist noch immer nicht da. Ostdeutsche Erfahrungen wurden ignoriert und dann teils „neu erfunden“, Stichworte: Kita-Netz, polytechnische Oberschule oder Polikliniken. Viele Ostdeutsche fühlen sich geringgeschätzt, geprellt, in ihrer Lebensleistung nicht ernst genommen.

Die Ursachen dieser wirtschaftlichen, sozialen und politischen Fehlentwicklungen liegen in den Weichenstellungen für die Einheit – aber auch darin, was seit der „Wende“ hier geschehen und politisch entschieden worden ist. „Ostdeutsche Arbeits- und Lebensleistung anerkennen – Fehler und Versäumnisse der Nachwendezeit und Treuhand-Unrecht kritisch aufarbeiten“ – das fordert die Linksfraktion nun in einem aktuellen Antrag, der ihre ost-politischen Initiativen dieser Wahlperiode zusammenfasst (Drucksache 6/17169). Eine Hauptforderung besteht darin, dass die Landesregierung für eine extern besetzte, wissenschaftliche Kommission streiten soll, die das Handeln der Treuhand aufarbeitet. Darüber hinaus werden elf detaillierte Ziele formuliert, für die sich die Landesregierung einsetzen soll. Im Überblick:

■ Gleiche (Tarif)Löhne in Ost und West bei deutlicher Anhebung des Lohnniveaus-Ost.

■ Angemessene Repräsentanz Ostdeutscher in Behörden, Gerichten, Hochschulen, Unternehmen, insbesondere in Führungspositionen.

■ Mehr Gerichts- und Behördenstandorte des Bundes im Osten.

■ Gleiche Rente für gleiche Arbeit in Ost und West.

■ Ende der Benachteiligung der Ost-Rentnerinnen und -Rentner, beispielsweise von in der DDR geschiedenen Frauen; in der Veredlung von Bodenschätzen tätig gewesener Bergleute; der Beschäftigten des Gesundheits- und Sozialwesens sowie der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks sowie von anderen Selbständigen. Zu DDR-Zeiten erworbene Versorgungsansprüche und geleistete Versorgungsbeiträge insbesondere von Angehörigen der wissenschaftlichen, medizinischen, pädagogischen, technischen und künstlerischen Intelligenz, von Angehörigen des öffentlichen Dienstes, der Armee, der Polizei und des Zolls sowie

der Reichsbahn und der Post der DDR sind anzuerkennen.

■ Streichung der Altschulden der ostdeutschen Wohnungsunternehmen.

■ Entschädigung aller, die nach DDR-Recht bestandsgeschütztes Eigentum an Garagen, Datschen-Grundstücken oder Bodenreform-Land verloren.

■ Entlastung der Ost-Bundesländer von der Zahlung von DDR-Renten und Sonderrenten durch den Bund.

■ Überführung des Aktenbestandes der Staatssicherheit ins Bundesarchiv.

■ Schluss mit der Inanspruchnahme des Ostens Aufmarsch- und Übungsgebiet der NATO-Kräfte!

■ Bereitstellung auskömmlicher Bundesmittel für eine gute sozial-ökologische Zukunft der Braunkohlereviere.

Wohl im April wird sich der Landtag damit befassen. Wir fordern Respekt!



Bild von Jonny Linder auf Pixabay

## Mehr Frauen in die Politik!

Politik ist in Deutschland männerdominiert, Frauen sind in den Parlamenten unterrepräsentiert. Im Sächsischen Landtag liegt der Frauenanteil bei 33 Prozent, nur ein Fünftel der Sitze in Gemeinde- und Stadträten sind mit Frauen besetzt. „Die Zahlen sind mager“, meint **Sarah Buddeberg, die Gleichstellungspolitikerin der Linksfraktion**. „Dass es wenigstens diese gibt, ist den Parteien zu verdanken, die ihre Wahllisten quotiert besetzen. Selbst in der CDU bewegt sich allmählich etwas – allerdings nicht weil progressive Männer ihre Macht teilen wollten, sondern durch engagierte weibliche Mitglieder.“ Die Erfahrung zeige: Soll-Vorschriften in Parteien sind so wirkungslos wie die Selbstverpflichtung in DAX-Konzernen, den Frauenanteil in Vorständen zu verbessern. Eine Gesetzesregelung ist nötig.

Eine solche hat die Linksfraktion mit ihrem Parität-Gesetz vorgestellt (Drucksache 6/16948). Vorbild ist Brandenburg, wo unlängst ein solches

Gesetz beschlossen wurde. Listen zur Landtagswahl sollen nur noch zulässig sein, wenn ihre Plätze abwechselnd mit Frauen und Männern besetzt sind. „Das ist keine Sonderbehandlung von Frauen, sondern die Herstellung von Chancengleichheit“, so Buddeberg. Der Maßstab könne nicht sein, wie viele Frauen in einer Partei Mitglied sind, sondern welchen Anteil sie an der Bevölkerung haben. In 21 der 28 EU-Staaten gibt es solche Regelungen.

Eine gesetzliche Quotierung erhöhe erstens den Frauenanteil in den Parlamenten. Zweitens wären die Parteien gezwungen, ihre Parteiarbeit für Frauen attraktiver zu machen. Denn sie brauchen ja Kandidatinnen. Sie werden also ihre Nachwuchsarbeit, Beteiligungsmöglichkeiten, Diskussionskultur und Sitzungszeiten so verändern müssen, dass Frauen besser zum Mitmachen motiviert werden. „Paritätisch besetzte Landeslisten können nur ein erster Schritt sein. Im zweiten müsste eine paritätische Besetzung der Direktwahlkreise erfolgen – auch

diesem Ziel dient es, Frauen in den Parteistrukturen zu fördern“, ist sich Buddeberg sicher. Denn wenn mehr Frauen verantwortungsvolle Positionen übernehmen, würden sie auch in Wahlkreisen antreten.

Die Abgeordneten vertreten das ganze Volk. Die Lebenserfahrungen von Männern und Frauen unterscheiden sich aber stark. Das beeinflusst ihre Perspektiven, Interessen und Prioritäten. Gesetze können ungleiche Geschlechterverhältnisse zementieren oder abbauen – das hängt auch davon ab, wer Politik macht. Frauen können das seltener als Männer, denn sie tragen nach wie vor die Hauptverantwortung in der Familien- und Sorgearbeit. Pflegenden Angehörige sind zu drei Vierteln weiblich, für die Kindererziehung treten in erster Linie Frauen beruflich kürzer.

Das Frauenwahlrecht musste gegen große Widerstände erkämpft werden. Auch nach 100 Jahren ist keine gleichberechtigte politische Teilhabe von Frauen erreicht. Es ist höchste Zeit!

## Schmetterling, Biene und Co. brauchen Lebensräume

*Das Insektensterben bekommt in der öffentlichen Debatte langsam den Stellenwert, den es verdient – in Bayern unterstützten mehr als eine Million Menschen eine Petition für besseren Schutz. Wohl bereits seit den 1950er Jahren werden die Populationen kleiner, einige Arten sterben sogar aus. Seit den 1990er Jahren hat sich dieser Prozess verstärkt.*

*Die Ursachen sind vielfältig. Diskutiert wird über ein Überangebot an Nährstoffen, geringe Vielfalt bei der Feldfruchtwahl, immer größere Ackerschläge, der Verlust an Randstrukturen und Blühstreifen, die zunehmende Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Selbst landwirtschaftliches und landchaftspflegerisches Handeln im Rahmen der Gesetze schädigt offenbar die Insekten.*

*Auch in Sachsen spielen die kleinen Tiere eine große Rolle für unsere Lebensgrundlagen. Deshalb macht die Linksfraktion in einem aktuellen Antrag (Drucksache 6/17170) Vorschläge, damit das Summen und Schwirren bei uns wieder zunimmt.*

*Fördermaßnahmen mit EU-, Bundes- oder Landesmitteln sollen daraufhin überprüft werden, ob sie dem Insektensterben entgegenwirken oder es sogar fördern. Landwirtschaft soll auf landeseigenen Flächen nur noch in einer Weise betrieben werden, die Insekten bessere Lebensbedingungen bietet. Zu Pflanzenschutzmitteln soll intensiver geforscht und beraten werden, insektengefährliche Substanzen sollen zurückgedrängt werden. Auch die Waldbewirtschaftung soll auf den Insektenschutz ausgerichtet werden, etwa durch mehr Totalreservate. Naturschutz soll verstärkt in Lehr- und Bildungspläne integriert und durch pädagogische Projekte umgesetzt werden.*

*Wir sind gespannt auf die Debatten im Landtag. Wenn es um die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen geht, sind parteipolitische Spielchen zweifellos fehl am Platz. Wir sind auch davon überzeugt, dass auch in der hiesigen Bevölkerung eine riesige Mehrheit mehr Insektenschutz befürwortet.*



Bild von cocoparisienne auf Pixabay





## Plenarspiegel März 2019

Die 88. und die 89. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 13. und 14. März 2019 statt. Die Linksfraktion war mit diesen Drucksachen (Drs) vertreten:

### Aktuelle Debatte

„Law and order“-Gehabe des Staatsanwaltes ist Gift für den Rechtsstaat – Unabhängigkeit der Rechtsprechung vor exekutiver Einflussnahme schützen!“

### Gesetzentwürfe

„Gesetz zur Weiterentwicklung des Vergaberechts im Freistaat Sachsen“ (Drs 6/13914)

„Gesetz zur Gewährleistung der paritätischen Vertretung von Frauen und Männern im Sächsischen Landtag“ (Drs 6/16948)

### Große Anfrage

„Schwere kriminelle Bedrohungen“ (Drs 6/12700), mit Entschließungsantrag (Drs 6/17037)

### Anträge

„Versorgung mit schnellem Internet als Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge gesetzlich verankern – Sächsische Landesgesellschaft für den flächendeckenden Ausbau von Hochgeschwindigkeitsdatennetzen einrichten!“ (Drs 6/16711)

„Rechtsprechung des Sächsischen Landessozialgerichts endlich umsetzen: Bekleidungs- und Verpflegungsgeld der Angehörigen der Deutschen Volkspolizei der DDR als Arbeitsentgelt bei der Rentenberechnung anerkennen!“ (Drs 6/16393)

### Sammeldrucksache 6/16922 mit den LINKEN Anträgen

„Lebensmittelsicherheit ins 21. Jahrhundert bringen – Globale Märkte erfassen, Technik nutzen, Transparenz schaffen“ (Drs 6/13478)

„Fachkräftemangel abmildern – Spurwechsel ermöglichen – Bleiberecht für Auszubildende und Erwerbstätige“ (Drs 6/15207)

# Mafia und Menschenhandel bekämpfen

229 Fragen, 454 Seiten mit Antworten: Die Linksfraktion wollte mittels einer Großen Anfrage an die Regierung (Drucksache 6/12700) herausfinden, wie Polizei und Justiz in Sachsen mit Strukturermittlungen gegen Organisierte Kriminalität vorgehen. Es geht um Tatverdächtige und Finanzströme, Drogenkriminalität, Banden, Wirtschaftskriminalität, Menschenhandel, Cybercrime, Korruption, Rocker, die Mafia. Das Dunkelfeld scheint groß.

„Die Organisierte Kriminalität in Sachsen bewegt sich auf hohem Niveau. Sie ist ein in großen Teilen ein internationales Phänomen, auch wenn die Tatverdächtigen überwiegend Deutsche sind“, so der **innenpolitische Sprecher der Linksfraktion, Enrico Stange**. Eine große Rolle spielen Rockergruppen. Tatverdächtige deutscher Staatsangehörigkeit fielen hauptsächlich bei Rauschgift-handel, Eigentumskriminalität und Gewaltkriminalität auf, ausländische Tatverdächtige im Bereich Eigentums-kriminalität. Korruption sei weitestgehend ein deutsches Phänomen.

„Wir bezweifeln, dass die Polizei und das Landeskriminalamt gut genug aufgestellt sind, um Organisierte Kriminalität zu bekämpfen“, so Stange. Die Integrierte Ermittlungseinheit Sach-

sen, die für die Bekämpfung schwerer Kriminalität zuständig ist, umfasse nur noch 17 statt wie früher 25 Bedienstete. Das zuständige Fachdezernat hatte 2014 nur noch 44 Sachbearbeiter, 2006 waren es noch 54. „Große Lücken gibt es bei der organisierten Internetkriminalität, seit 2013 wurde nur ein einziger Tatverdächtiger entdeckt. Bei Korruptionsermittlungen sind die Zahlen eingebrochen, die ermittelten Schadenssummen auf ein Tausendstel geschrumpft. Felder wie die Mafia oder Clankriminalität scheinen nicht oder nur sehr bedingt auf dem Schirm zu sein. Auch beim Menschenhandel gibt es ein großes Dunkelfeld“, kritisiert der Innenpolitiker.

Die Antwort sei „ehrlich“, findet auch der **rechtspolitische Sprecher Klaus Bartl**. Die personelle, technische und logistische Ausrüstung von Polizei und Justiz reiche keineswegs für den Kampf gegen Organisierte Kriminalität. „So wurden Ermittlungen über die Beteiligung von Mafia-Strukturen an Geldwäsche bislang nicht geführt. Im Bereich Menschenhandel gibt es eine verschwindend geringe Zahl an Verurteilungen. Es gelingt offensichtlich kaum, die Rädelsführer, Drahtzieher, ‚Paten‘ zur Verantwortung zu ziehen.“ Auch gab man seit 2010 de facto keine Studien zu den

Phänomenen der Organisierten Kriminalität in Auftrag.

Während die Staatsregierung zur Jagd auf Klein- und Bagatellkriminalität bläst und in Kauf nimmt, dass größere Arbeitspotentiale der Strafverfolgungsbehörden bei der buchstäblichen Jagd nach dem Hühnerdieb gebunden werden (siehe Beitrag S. 2), setzt die Linksfraktion die Prämissen anders. „Vernünftige Kriminalpolitik verlangt, Ressourcen zuerst dort einzusetzen, wo die schwerwiegendsten Taten begangen werden, die größten Schäden entstehen, Opfer am schwersten betroffen sind“, so Bartl. „Die Krise im Ansehen des Rechtsstaates resultiert nicht daraus, dass wir nicht jeden Schwarzfahrer, nicht jeden Ladendieb, nicht jeden verummten Versammlungsteilnehmer grillen. Sie hängt mit dem Eindruck zusammen, dass der Rechtsstaat die Kleinen hängt und die Großen laufen lässt.“ Dagegen wandte sich die Linksfraktion auch in einem Entschließungsantrag (Drucksache 6/17037).

Alle, die sich – unter erheblicher Eigengefährdung – um die Bekämpfung derartiger Kriminalitätsstrukturen verdient machen, verdienen Respekt. Ihr Dienstherr muss ihnen die bestmöglichen Mittel an die Hand geben.

## Girls' Day bei der Linksfraktion

Am 28. März fand der diesjährige Girls' Day statt. Er soll Mädchen und jungen Frauen Einblick in männerdominierte Berufe ermöglichen. Daran beteiligte sich die Linksfraktion selbstverständ-

lich – denn Frauen müssen auch von den Parteien gezielt in die politischen Prozesse einbezogen werden. Die Fraktion



lich – denn Frauen müssen auch von den Parteien gezielt in die politischen Prozesse einbezogen werden. Die Fraktion

Durchgeführt wurde der Tag von **Sarah Buddeberg, Gleichstellungs- und queerpolitische Sprecherin sowie Parlamentarische Geschäftsführerin**. Ihr Fazit: „Es gibt viel zu tun in Sachen geschlechtergerechter Beteiligung. Der Girls' Day ist immer ein sehr lebendiger Tag im Landtag. Es ist schön zu sehen, wie viele Ideen die jungen Frauen mitbringen. Von der viel beschworenen Politikverdrossenheit bei der jungen Generation ist nichts zu spüren. Die Teilnehmerinnen haben klare Vorstellungen davon, was sie verändern wollen.“

tion DIE LINKE lud daher auch 2019 wieder Schülerinnen zum Girls' Day in



## Termine

15. April 2019, 10-15 Uhr  
Chemnitz, pentagon<sup>3</sup>,  
Brückenstraße 17

**Sachsen und der Osten 30 Jahre nach der deutschen Einheit – Situation, Folgen, Herausforderungen und Auswege**  
Fachkonferenz

30. April 2019, 10-17 Uhr  
Marienberg, Hoyerswerda, Riesa  
**Öffentliche Fraktions-sitzung**

Mehr Informationen dazu bald unter  
[www.linksfraktionsachsen.de](http://www.linksfraktionsachsen.de)

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag